

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Marx zum Reichskanzler ernannt.

Alles andere vorläufig unverändert.

Reichspräsident v. Hindenburg hat den bisherigen Reichsjustizminister Marx zum Reichskanzler ernannt und ihn gleichzeitig mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Justiz und des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt. Ferner hat der Herr Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Marx die Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Ämtern befristet.

Die Ernennung des Herrn Marx zum Reichskanzler, die heute gegen Mittag erfolgte, ist ein Ergebnis der Verhandlungen, die das Zentrum im Laufe des gestrigen Tages mit der Volkspartei geführt hatte. Zwischen diesen beiden Parteien kam folgende Vereinbarung zustande:

1. Die bestehende Regierungskrise muß unverzüglich gelöst werden; deshalb sind beide Parteien bereit, in ein Minderheitskabinett einzutreten.

2. Es besteht Übereinstimmung, daß die außen- und innenpolitische Lage mit möglichst beschleunigter die Schaffung einer Regierung erfordert, die sich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt.

3. Für die Mehrheitsbildung können nur Parteien in Frage kommen, die die Rechtsgültigkeit bestehender internationaler Abmachungen anerkennen und für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik eintreten.

Auf Grund dieser Vereinbarung beschloß die Zentrumsfraktion gestern Abend, Marx die Annahme des Reichskanzleramts zu empfehlen, worauf dieser dem Reichspräsidenten mitteilte, daß er zur Verfügung stehe. Das nunmehr ernannte Kabinett Marx wird durch die vorstehende Abmachung als ein Übergangskabinett gekennzeichnet. Der Kampf, ob die Erweiterung nach rechts oder nach links erfolgen soll, bleibt unentschieden.

Die Annahme des Kanzleramts durch Marx ist erfolgt, ohne daß mit den Parteien — ausgenommen das Zentrum und die Volkspartei — Fühlung genommen worden ist. Das gilt besonders auch für die Sozialdemokratie, die also dem neugebildeten Kabinett ohne jede Bindung gegenübersteht.

Von Marx zu Luther, von Luther zu Marx, das ist der Lauf der innerpolitischen Entwicklung seit November 1923.

Im August war Cuno in den Fluten der Inflation versunken. Stresemann hatte als sein Nachfolger alle Kräfte zusammengerafft, um den Ruhrkrieg zu beenden. Die Große Koalition zerbrach an den sächsischen Ereignissen. Da ernannte Ebert am 30. November den Zentrumsvorstehenden Marx zum Reichskanzler. Sein Kabinett war ein Kabinett der Mitte mit Jarres für das Innere, Luther für die Finanzen, Emminger für die Justiz. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zu diesem Kabinett Marx wechselte von Fall zu Fall. Man braucht nur an die Justizreform des Herrn Emminger zu denken, um sich zu erinnern, daß es auch scharfe Konflikte gegeben hat. In der Außenpolitik aber hielt das Kabinett Marx die Linie, die von der Sozialdemokratie für richtig gehalten wurde: die Londoner Konferenz, auf der mit dem Dawes-Plan eine vorläufige Regelung der Reparationsfrage erzielt wurde, legte den Grund zu einer außenpolitischen Stabilisierung und zu einer gewissen Beruhigung auch im Innern.

Das erste Kabinett Marx wurde von der Volkspartei gesprengt, die den Deutschnationalen für ihre fünfzigprozentige Zustimmung zu den Dawes-Befehlen drei Ministerposten versprochen hatte. Marx wurde mit allen Mitteln zum Rücktritt gedrängt und Luther wurde sein Nachfolger. Luther regierte dann erst mit den Deutschnationalen, dann vier Monate lang ohne sie bis zu seinem Sturz vor wenigen Tagen. Und nun ist Marx wieder an der Reihe.

Im zweiten Gang der Reichspräsidentenwahl des vorigen Jahres war Marx Kandidat des Volksblocks gegen den Kandidaten des Reichsblocks v. Hindenburg. Hindenburg siegte mit relativer Mehrheit, weil ihm die Kommunisten durch die Aufstellung ihrer Thälmann-Kandidatur halfen. Und jetzt ernannt Hindenburg Marx zum Reichskanzler!

Ähnliche Fälle werden sich in der künftigen Geschichte Deutschlands vielleicht noch öfter wiederholen. Denn der deutsche Reichspräsident hat nicht die starke Stellung des amerikanischen Präsidenten, der von sich aus und aus seinen Parteigängern die Regierung ernannt. Im parlamentarischen System, wie wir es besitzen, liegt der Schwerpunkt der Regierungsbildung in der Volksovertretung, und es ist die Aufgabe des Staatsoberhauptes, ein Kabinett zustande zu bringen, das sich dem Parlament gegenüber halten kann. So mußte Ebert seinerzeit Luther, Schiele, Schlieben und anderen anderen zum Minister ernennen, deren politisches Gesicht ihm wenig gefiel. Und so hat jetzt Herr v. Hindenburg seinen Gegner im Kampfe um die Reichspräsidentenschaft, Wilhelm Marx, zum Reichskanzler ernannt.

Die Sozialdemokratie hatte Marx als Präsidentschaftskandidaten akzeptiert, weil sie einen Sieg der Rechten verhindern

wollte. Sie konnte sich mit Marx auch deshalb einverstanden erklären, weil seine persönliche Ehrenhaftigkeit und seine republikanische Gesinnung außer Zweifel standen. Marx hätte vielleicht zum Reichspräsidenten besser gepaßt als zum Reichskanzler, weil ihm das Vermitteln besser liegt als das Kämpfen.

Nur den Fernstehenden konnte es überraschen, daß Marx als Justizminister im Kabinett Luther die Rolle eines still bescheidenen Fachministers spielte. Aber peinlich wirkte es doch, daß der Mann, der unter den schwarzrotgoldenen Fahnen um den Sieg im Kampfe um die Reichspräsidentenschaft gekämpft hatte, daß der Reichsbannermann Marx im Kabinett passiv blieb, als die Flaggenverordnung zur Diskussion stand. Darum kommt man nicht herum und das gerade jetzt offen auszusprechen, ist notwendig.

Von Marx als Reichskanzler erwarten wir nicht nur republikanische Gesinnung, sondern auch etwas mehr republikanische Energie. Ob er sie aufbringen wird, das wird zum Teil davon abhängen, welche nächste Berater er sich wählt. In einer bürokratischen Umgebung leidet er an der Gefahr der Entpolitisierung.

Das Zurückpendeln der Regierungsbildung von Luther zurück zu Marx zeigt das labile Gleichgewicht der politischen Kräfte. Auch in der Flaggenfrage wird kein neuer Weg sichtbar.

Volksentscheid: 20. Juni!

Amlich wird gemeldet:

Nachdem der Reichstag den im Volksbegehren verlangten Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenerbvermögen abgelehnt hat, hat die Reichsregierung in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Gesetzentwurf zum Volksentscheid zu stellen. Die Abstimmung findet am

Sonntag, den 20. Juni,

statt. Die Verordnung zur Durchführung des Volksentscheids wird vom Reichsminister des Innern im Laufe des heutigen Tages erlassen werden.

Die neue Regierung in Polen.

Pilsudski Heeresminister.

In Polen ist die neue Regierung bereits im Amt. Ministerpräsident ist Abg. Bartel, ein linksgerichteter Professor vom „Arbeitsklub“, einer Fraktion, die sich vor einigen Monaten von der linken Bauernpartei „Wyzwolenje“ (Befreiung) abgespalten hat. Marschall Pilsudski ist in diesem Kabinett, das zumeist aus Beamten besteht Wehrminister. Er wird sich wohl nicht so sehr mit dem Verwaltungskram befassen, den ein Kriegsministerium zu beorgen hat, als mit einer großen Aufräumarbeit. Denn seit langem hören die Korruptionssaffären größten Umfangs in der polnischen Armee nicht auf. Sowohl Lieferungs- wie Rüstungsstondale aller Art konnte man immer wieder in der Presse Polen lesen, zum Teil auch in der Form von Gerichtsberichten.

Korruption war aber auch dem Herrn Witos und manchen seiner Leute nicht nur nachgejagt, sondern auch in bedeutendem Maße nachgewiesen worden. Und die weitverbreitete Berachtung dieser traurigen Helden hat sicher viel zur Erschütterung der Regierung Witos und zum Erfolg des Pilsudskischen Unternehmens beigetragen.

In Polen außerhalb von Warschau scheint der ganze Umsturz irgendwelche größere Störungen des täglichen Lebens nicht erzeugt zu haben.

Was die Gegner Pilsudskis, die besonders in Posen sitzen, etwa planen, ist unbekannt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie Posen zu einer Vendée machen wollen, zu einem reaktionären Sonderstaat, der beansprucht, das wahre Polen zu sein. Das wäre zwar lächerlich, aber darum ist es nicht unmöglich. Vor einem Krieg Warschau-Krakau gegen Posen wird dann vielleicht die Tatsache der Volksgemeinschaft Polen bewahren. Vielleicht. . .

Die neue Regierung.

Warschau, 15. Mai. (WZB.) Sejmmarschall Rataj hat in Vertretung des Präsidenten der Republik den Abg. Professor Bartel zum Ministerpräsidenten ernannt. Auf dessen Antrag hat er folgende Kabinettsliste genehmigt: Ministerpräsident und Eisenbahnminister Abg. Bartel, Inneres der Wojwode von Polesinn General Włodzignowski, militärische Angelegenheiten Marschall Pilsudski, Finanzen Unterstaatssekretär Gzechowicz, Justiz Universitätsprofessor Rakowski, Industrie und Handel Departementsdirektor Głowic, Öffentliche Arbeiten Pro-

bar. Nachdem durch den bekannten Brief des Reichspräsidenten der Versuch unternommen worden ist, durch Schaffung einer „Einheitslagge“ die Quadratur des Kreises zu finden, ist der Kampf zum Stehen gekommen, und es ist zunächst nicht mehr zu erwarten, als daß praktisch nichts geschieht, was die Gefühle der republikanisch gesinnten Bevölkerung herausfordert. Also: keine schwarzweißroten Flaggen auf die Häuser der auswärtigen Missionen!

Auch sonst würde man sicherlich schwere Enttäuschungen erleben, wenn man das neu-alte Kabinett mit irgendwelchen hochgepannten Erwartungen begrüßen wollte. Abgesehen davon, daß die Rechte in Herrn Luther einen rührigen und beweglichen Verbindungsmann verloren hat, ändert sich ja an der Zusammensetzung nichts, und auch Herr Bell, der vermutlich Nachfolger von Marx im Reichsjustizamt, ist kein Himmelsstürmer.

Wenn durch die Ereignisse der letzten Zeit überhaupt etwas Wesentliches gewonnen ist, so kann es nur die Erkenntnis sein, daß der Kampf zwischen rechts und links zur Entscheidung drängt. Die Umbildung des Kabinetts bedeutet nur eine Aufschiebung dieser Entscheidung. Die Mitte kann nicht führen, sie kann nur balancieren und sie läßt wegen ihrer eigenen inneren Zerrissenheit, auch in dieser Kunst jede Geschicklichkeit vermissen.

Die Entscheidung steht zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten. Sie wird beim Volksentscheid fallen und durch die nächsten Reichstagswahlen bestätigt werden.

Das Kabinett Marx kann also nur ein Übergangskabinett sein, und wohin die Reise weiter geht, wird das Volk selber entscheiden.

Die Erklärung des neuen Kanzlers.

Der Reichstag will programmäßig am Donnerstag in die Pfingstferien gehen, die bis zum 4. Juni dauern sollen. Zuvor wird er jedoch noch die Erklärungen des Reichskanzlers Marx entgegenzunehmen und über sie zu befinden haben. Der Reichstagsrat wird heute nachmittag zusammentreten, um diese Angelegenheit zu regeln.

fessor an der Warschauer Technischen Hochschule Broniewski, Arbeiten und öffentliche Fürsorge Departementsdirektor Jurkiewicz.

Mit der Leitung des Ministeriums des Neuhern wurde der ehemalige Gesandte in Rom August Jazewski, mit der Leitung des Kultusministeriums Professor Mikulowski-Pomorski und mit der Leitung des Landwirtschaftsministeriums und des Ministeriums der Bodenreform Unterstaatssekretär Kaczynski betraut. Das Kabinett ist bereits vereidigt worden.

Ministerpräsident Bartel erklärte Pressevertretern u. a.: Meine Regierung ist berufen, die geschaffene Lage zu entwirren. Sie wird bis zu der in nächster Zeit stattfindenden Neuwahl des Präsidenten der Republik durch die Rationalisierungsmaßnahmen im Amt bleiben. Meine Regierung wird unbedingt auf dem Boden der Verfassung stehen.

Warschau befiehlt Frieden.

Warschau, 16. Mai. (WZB.) Eine Verordnung des stellv. Staatspräsidenten Rataj, des Ministerpräsidenten Bartel und des Heeresministers Marschall Pilsudski bestimmt, daß alle feindseligen Handlungen der Truppen einzustellen sind, die Wiederaufnahme feindseliger Handlungen durch die Truppen ohne Zustimmung des Präsidenten der Republik verboten und dem Heeresminister anheimgestellt wird, weitere Maßnahmen zur Konsolidierung der jetzigen Lage zu ergreifen.

Vermittlungsaktion in Posen.

Warschau, 16. Mai. (WZB.) Senatsmarschall Trompczynski reiste nach Posen ab, um in dem Pilsudski feindseligen Westpolen zu vermitteln und den Abzug der bei Zgardow aufgestellten Posener Regimenter zu veranlassen.

Trompczynski ist der deutschen Öffentlichkeit aus seiner jahrelangen Führerschaft der Polenfraktion im preußischen Dreiklassenlandtag bekannt. Nach seiner Parteizugehörigkeit steht er rechts, aber als nationaler Pole will er gewiß sein Volk vor einem Bürgerkrieg bewahren. — Zgardow, wo also Posener Militär stehen soll, ist eine Webersiedlung mit starker deutscher Minderheit zwischen Lodz und Warschau.

In letzter Stunde wird uns berichtet, daß am Sonntagabend Verhandlungen zwischen Pilsudski-Vertretern und Posen abgebrochen worden seien. Wir geben diese Meldung mit Vorbehalt wieder.

Ausgelacht und ausgepiffen.

Die „vaterländische“ Kundgebung kläglich verlaufen.

Zum Sonntag hatten die „Bereinigten Vaterländischen Verbände“ — der Name ist länger als der Bestand — zu einer Anzahl großer Kundgebungen aufgerufen, um die schwarzweihrote Kaiserfahne zum Schutze der Beraubung des Volkes durch die Fürsten zu schwingen. An 20 Plätzen gleichzeitig wollten sie ihre „Massen“ sammeln, durch Handzettel, von Haus zu Haus getragen, wurde aufgefordert, allgemein schwarzweihrot zu flaggen. Der Erfolg war mehr als kläglich. Nur hier und da hatte ein Unentwegter es gewagt, die Flagge Wilhelm's zu zeigen. Im allgemeinen war eine Teilnahmslosigkeit festzustellen, die nicht nur die „Vaterländischen“ selbst überraschte.

Hätten nicht die Kommunisten vorher eine Gegen-demonstration angekündigt, die den Polizeipräsidenten aus Sorge um die öffentliche Ordnung zu einem Verbot veranlaßte, so wären die „Vaterländischen“ in ihrer Bedeutungslosigkeit vollends dem Fluch der Väterlichkeit verfallen. So aber hat die Ankündigung der Kommunisten erst die Aufmerksamkeit auf die Veranstaltung gelenkt und das aus ordnungspolizeilichen Gründen erfolgte Verbot der gleichzeitigen Gegen-demonstration Erregung auch in den Arbeitermassen hervorgerufen, die nicht hinter der Sowjetfahne marschieren.

Diese Erregung, die weisse Kreise der republikanischen Bevölkerung erfaßt hatte, äußerte sich freilich in ganz verschiedener Form. Zum Teil wurden die kläglichen Häuflein von Frauen und Kindern, die das Gros der „Demonstranten“ stellten, samt ihren Musikkapellen einfach ausgelacht und ausgepiffen. An anderen Stellen brach die Empörung über das Auftreten der fürstendienertlichen Putschverbände in kräftigerer Weise sich Bahn. Aus den Häusern überhäufte man die Vorbeiziehenden mit Zurufen, von anderer Stelle gar mit Kartoffelschalen, die augenscheinlich von den „Vaterländischen“ nach Doorn weiter geschickt werden sollen.

Im allgemeinen war die „vaterländische“ Kundgebung schon rein zahlenmäßig von einer jämmerlichkeit, wie sie kaum jemand erwartet hat. Im besten Falle dürften auf 20 Sammelplätzen (!), kaum mehr als 8000 Personen, Frauen und Kinder eingeschlossen, sich beteiligt haben. Und wenn der Hugenberg-„Tag“ ausragendste dieser Kundgebungen als eine solche von „imponierender Wucht“ bezeichnet, so zeigt das schon, wie bescheiden die Ansprüche im Lager der Fürstendienertlichen geworden sind. Bedeutung erhielten die „Demonstrationen“ für den Fürstenraub am Volksvermögen erst durch das Massenaufgebot an Polizei, das die Monarchisten vor dem Volkszorn schützen mußten und das an den einzelnen Stellen der Stadt in Konflikt mit Gegnern der Demonstranten geriet. Die Folgen waren allenthalben bedauerliche Vorgänge, die zur Stillierung einer großen Anzahl von Kommunisten führten, die ihre Abneigung gegen die Kundgebung der Schwarzweihroten sehr ungeschickt zum Ausdruck brachten.

Ueber den Verlauf der Fürstenparade erhalten wir noch folgende Einzelberichte:

Auf dem Winterfeldplatz im Westen Berlins hatten sich ganze 250 Mann, darunter viele Frauen und Kinder, gesammelt. Der klägliche Zug endete mit dem Gesang der „Internationale“ und einem tausendfachen Hoch auf die Republik. Am Kaiserdamm, in ihrer Domäne, hatten die Kaiserlichen 700—800 Weichen auf die Beine gebracht. Unter unaußersichtlichen Gelächern und höhnischen Zurufen, sowie stürmischen Pfeifkonzerten ging der Zammzug durch die Straßen, im Charlottenburger Arbeiterviertel sah die Situation für die „Demonstranten“ zeitweilig kritisch genug aus. Auf dem Arnswalder Platz wurde das Hoch des monarchistischen Demonstrantenzuges auf den Deleureur von Doorn in republikanischen Kampfliedern erstickt. In ohrenbetäubendem Pfeifen ging der monarchistische Lantam östlich unter. Die Strohen waren rot und schwarzrotgold besetzt. Auf dem Wedding wachte ein einziger Meer der Empörung über den Zug der monarchistischen

Provokateure. Haus an Haus war republikanisch besetzt. Ein riesiger Zug bildete sich, der unter schwarzrotgoldenen Fahnen fortwährend stürmische Hochrufe auf die Republik ausbrachte.

Ueberhaupt war in den Arbeiterbezirken die Empörung über die Demonstration der Fürstendienertlichen so stark, daß vielfach die Polizeifreien während der Kundgebungen verhaftet werden mußten. Als der Zug der Demonstranten vom Kriegervereinshaus abmarschierte, waren aus dem ganzen Norden (Brenzlauer Tor, Wedding, Gesundbrunnen, Reinickendorf und Mitte) ungefähr 800 Personen verammelt, zum größten Teil Kinder und Frauen. Horn eine Musikkapelle, die aber zum Spielen wenig Gelegenheit hatte. Sobald sie begann, setzte ein vielfach verstärktes Pfeifen ein. Aus den Häusern wurden die Demonstranten mit nicht mißzuverstehenden Zurufen begrüßt. Rote und schwarzrotgoldene Fahnen wurden zum Protest geschwenkt. Die Polizei mußte dazu übergehen, ganze Straßenzüge abzuräumen, um so die Demonstranten als Arrestanten unbeschadet zum Kriegervereinshaus zurückzubringen. Ein gewaltiger Protest war der Ruffangefang der Internationale. Am stärksten war die Gegenkundgebung, als die Polizei die Massen zurückdrängte und diese dann mit entböhntem Haupte ihre Kampflieder sangen.

Am Kreuzberg hatten sich ungefähr 300 Personen eingefunden. Der ganze Zug war doppelt umfaßt von Schupoketten zu Pferde und zu Rede. So geschützt konnten die Demonstranten in so „stiller Anzucht“ aus den Bezirken Kreuzberg, Treptow, Reutlin und Tempelhof zusammengezogen werden, unter dem großen Geschrei der Bevölkerung ihre Kundgebung „ungehindert“ zu Ende führen. In den umliegenden Straßen standen dichtgedrängt die Menschen, um ihren Protest laut werden zu lassen.

„Vaterländische“ Kundgebungen, bei denen mehr Schupo als Demonstranten zu sehen sind, bei denen ganze Straßenzüge und Brücken abgeräumt werden müssen, um die Kundgebung zu ermöglichen, sind mehr als kläglich. Sie bildeten in dieser Aufmachung einen moralischen Sieg des republikanischen Gedankens!

Anmaßung eines Wirtschaftsverbandes.

Zehnherrn rebellieren gegen die öffentliche Sicherheit.

Der Vorstand des Bergbauvereins Essen hat einen Bescheid gefaßt, der in der realistischen Presse veröffentlicht wird und welcher sich mit großer Heftigkeit gegen die Hauszungen bei den Vorstandsmitgliedern dieses Verbandes wendet. Die Kundgebung befreit, daß die fraglichen Herren — es handelt sich um Rirdorf, Böglar und Hugenberg — des Hochverrats verdächtig sind, bezeichnet die Maßnahmen der Zentralpolizeibehörden als durchsichtige, innerpolitischen Zwecken dienende Manöver und verlangt, daß den beteiligten Leuten Genugtuung geschieht. Selbstverständlich ist dabei, daß die Polizei zur Rechenschaft gezogen werden muß!

Das Vorgehen des Bergbauvereins ist eine dreiste, mit seinen Sagen nicht zu vereinbarende Anmaßung. Der Bergbauverein ist zur Wahrnehmung wirtschaftspolitischer Interessen seiner Mitglieder bestimmt. Diese seine Mitglieder würden sich ganz energisch verbitten — und das mit Recht —, daß man sich in ihre persönlichen politischen Angelegenheiten einmischt. Unter diesen Umständen war und ist es vom Bergbauverein nicht zu verlangen, daß er seine politisch weit reichstehenden Mitglieder ausschließt. Man erlebte zum Beispiel kürzlich das interessante Bild, daß Herr Rirdorf wegen seiner monarchistischen Einstellung und seiner aktiven Teilnahme an monarchistischen Verbänden aus dem Ausschusse des westdeutschen Montanrucks hinauskomplimentiert wurde, weil man dieses Unternehmen nicht mit einem so stark politisch eingestellten Führer belasten wollte. Der Bergbauverein hat die gleiche Konsequenz nicht gezogen. Auch gegenüber Herrn Hugenberg, dessen Putschpropaganda jedem kritischen Leser seiner Blätter außer Zweifel steht, hat der Verein keinen Trennungsschritt gezogen. Diese Herren haben persönlich zu verantworten, was sie tun. Der Verein hat kein Recht, für sie nicht einzustehen, wenn er sich nicht ausdrücklich als politischer Klub erklärt und die Garantie übernimmt, daß er verfassungswidrliche Mitglieder ausschließt.

Unter diesen Umständen ist die einseitige Parteinahme des Zehnherrnverbandes für einzelne seiner Mitglieder auf das entschiedenste

zurückzuweisen. Sie stellt einen politischen Uebergriff schlimmster Art dar, der bei einer objektiv arbeitenden Regierung dazu führen müßte, daß dem Bergbauverein als einer politischen Interessengemeinschaft das Recht zur Wahrnehmung wirtschaftspolitischer Interessen gegenüber den Behörden abgesprochen wird, weil er sich nicht an seine Sagen hält. Die Kundgebung ist aber auch eine offene Rebellion gegen die öffentliche Sicherheit. Nur in Wahrnehmung der Gesetze und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung hat die Polizei auf Grund des ihr vorliegenden Materials die Hauszungen vorgenommen. Selbst wenn sie dabei zu weit gegangen sein sollte, so ist ihr aus ihrer Pflichterfüllung kein Vorwurf zu machen. Vielleicht hat der Bergbauverein seine guten Gründe dafür, wenn er mit seinem Protest von etwaigen notwendigen Maßnahmen gegen weitere seiner Mitglieder ablenken möchte. Das Recht zu einer derartigen politischen Stellungnahme und zu unqualifizierbaren Angriffen auf die Staatsgewalt muß ihm bestritten werden.

Die Waffen der Putschverbände.

Aufdeckung eines Waffenlagers bei Lübeck.

Lübeck, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Aus Schwarzenbeck zurückkehrende Ausflügler berichten, daß in dem Dorf Krummbeck bei Bargteheide ein größeres Waffenlager festgestellt worden ist. Zum Abtransport dieses Lagers war am Sonntag nachmittag auf dem zu diesem Dorf gehörigen Gut eines Dr. Lang ein Kraftwagen mit dem Schild des Polizeipräsidenten Altona vorgefahren. Es stellte sich aber heraus, daß das Lager an Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen so umfangreich ist, daß mindestens drei Lastkraftwagen zum Abtransport nötig sind. Es sollen allein etwa 80 schwere Maschinengewehre und mehrere hundert moderne Infanteriegewehre in Frage kommen. Das Lager, das sich in einer Scheune des Gutes Krummbeck befindet, ist, wie wir erfahren, beschlagnahmt worden und steht unter Aufsicht Altonaer Kriminalbeamte.

Einigung in Genf.

Deutschlands Aufnahme gesichert.

Genf, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Redaktionsauschuß der Studienkommission des Völkerbundes hat unter Hinzuziehung von Ministerialdirektor des Auswärtigen folgende Vorschläge vorgelegt:

Die nicht ständigen Ratsmitglieder werden auf 9 erhöht, die jährlich zu einem Drittel auf dreijährige Amtsdauer gewählt werden. Höchstens drei davon können durch besondere Versammlungsbeschlüsse mit einer qualifizierten Mehrheit wiedergewählt werden. Der Amtsantritt erfolgt sofort nach der Wahl. In außerordentlichen Fällen kann die Völkerbundversammlung jederzeit die Neuwahl aller 9 Mitglieder beschließen.

Diese Vorschläge werden im September auf alle Fälle die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ermöglichen. Sie bedeuten außerdem eine wesentliche Steigerung der Autorität der Versammlung gegenüber dem Rat.

Vor der Abrüstungskonferenz.

Die deutsche Delegation für die vorbereitende Abrüstungskonferenz, bestehend aus Bernstorff, v. Bülow und Oberst Stalpnagel, ist am Sonntag hier angekommen. Der serbische Außenminister Rintisch und der tschechische Außenminister Beneš haben ihre angebotene Teilnahme an der Konferenz vorläufig abgelehnt. Die amerikanische Delegation wird zum Konferenzprogramm bedeutsame Anträge stellen, welche praktische Ergebnisse sichern sollen.

Einigung Endland-Türkei und türkischer Beitritt zum Völkerbund.

Zwischen England und der Türkei soll ein Abkommen vor dem Abschluß stehen, durch welches eine Verständigung über die Mosulgrenze, sowie über die Petroleuminteressen erzielt, sowie die Türkei für den Eintritt in den Völkerbund gewonnen werden soll.

Kleine Komödien aus kleinen Schicksalen.

Der Erfolg der vergangenen Theater Saison war dürrig, schlimmer als dürrig. Die meisten Komödien bestärkten den Eindruck, daß sich der Aufwand eines Theaterabends kaum noch lohnt. Die Sprechbühne schien mit der Zeit nicht mitzukommen und mit steigender Verwunderung sah man sie mühselig hinter Tanz und Film herstreifen.

Da, mitten im Anfang der Somersaison, kommen in der „Komödie“ drei Einakter von Franz Molnar heraus, ganz anspruchsvoll scheinbar, und mit dem ansprechenden Titel „Theater“. Was Molnar da auf die Beine stellt, ist nicht im Feuilleton und nicht im Film wiederzugeben. Die drei Einakter gestalten ein Stück Komödiantenwelt. Der erste, „Vorspiel zu König Lear“, ist der schlechteste. Die Vorstellung wird bald beginnen, die Schauspieler verammeln sich im Theater. Der Hauptdarsteller erscheint gehetzt auf der Bühne. Er ist vom betrogenen Ehemann auf der Straße erwischt worden und reitet sich hinter die Wäsche des König Lear. Dem rasenden Gatten werden von vornherein die Waffen aus der Hand genommen, indem er sich in einer für ihn abenteuerlichen Umgebung mit Männern in Ritterrüstung und in Königspur auseinanderzusetzen soll. Reizvoll ist schon der Gegensatz zu dem äußerst profanen Inhalt des Gesprächs und dem Risiko, in dem es stattfindet. Entzückend wird es durch die Beobachtungskunst des Autors, der einen weltfernen Gelehrten und pathetischen Schauspieler gegenüberstellt. Der Ehemann läßt sich nämlich durch einige ungeschickliche Bemerkungen über Schafspeise zu einem kleinen Kolleg über Literaturgeschichte hinziehen, wobei natürlich seine Wut in nichts zerbricht. Der Hauptinhalt der Komödie ist dann allerdings eine pirandellomäßige Zülfel, die man aber über der Grazie des Dialogs gern vergißt. Ueberflüssig dagegen sind die eingestreuten philosophischen Betrachtungen des Bühnenfeuerwehmannes, der vorn an die Kompe tritt und in der Manier des Chors griechischer Tragödien in schweren Jamben seine Eindrücke kundtut.

Im „Nachspiel zur Operette“ enthüllt uns Molnar kleine Intimitäten aus dem Privatleben von Komödianten. Der große Schauspieler führt in der Wohnung seiner Geliebten, der Operettendiva, wütende Eifersuchtskramen auf, in denen mit Wut und Selbstmord mehr als einmal gedroht wird. Die Schicksale spitzt sich immer bedrohlicher zu. Der Schauspieler scheint an keiner falschnäzigen und lockeren Geliebten zugrunde zu gehen. Und plötzlich kommt es heraus, weswegen sie ihn mit Eisenbergischer Grausamkeit quält. Er stellt sich nämlich in der Operette so vor sie hin, daß sie vor dem Publikum nicht zur Geltung kommt. Mit weiblicher Diplomatie erreicht sie endlich die Aufgabe, in Zukunft nicht mehr auf der Bühne verdedt zu werden.

Der entzückendste Einakter „Zwischenpiel im Theater-bureau“ spielt im Direktionszimmer einer Operettendiva. Es müssen acht Christinnen engagiert werden, und der Direktor hat die unangenehme Aufgabe, sie aus der Zahl der im Vorzimmer wartenden Bewerber auszuwählen. Es eilet ihn an, wie sich ihm jede sofort an den Hals wirft. Der Komponist, ein Abhängerling, behauptet, sein System sei falsch. Und die beiden verapreden eine

Art Rollenkauf. Der Komponist spielt den Direktor und der Direktor einen Bureauangestellten. Natürlich fällt der Komponist sofort in die Reize der nächsten Aspirantin. Zur Verzeihung des zum Stillschweigen verdamnten richtigen Direktors. Und nun folgt eine ganz reizende Szene. Als die Choristin und der vermeintliche Bureauangestellter eine Augenblick allein sind, bricht sie in Tränen aus und spricht von ihrem Unglück, daß sich jedesmal der Theaterdirektor in sie verliebt. Sie will gar keine großen Rollen spielen. Dazu hat sie gar kein Talent. Und die Kritiker verlangen dummerweise von ihr, mehr zu leisten, als sie kann. Und jetzt, noch bevor sie an diesem Theater ist, geht es ihr wieder so. Dabei liebt sie ihn gar nicht, diesen aufgeblasenen Theaterdirektor. Selbstverständlich ist der einleitende Komponist über die Entwicklung der Angelegenheit höchst erstaunt, und die Szene endet mit einem famosen Verlegenheitsgespräch über etwas ganz Nebensächliches, nämlich über Celsius und Reaumur.

Das sind die nackten Tatsachen des Inhalts, aus denen nicht hervorgeht, welche Vorzüge die Einakter besitzen. Das scheinbar oberflächliche Geplauder um Belanglosigkeiten hat blühende Sprachkunst. Molnar leuchtet hinter die Kulissen der Bühnenwelt und plätschert blüht ein lässliches Leben mit seinen kleinen Nöten auf, die für die Betroffenen das große Unglück und ihr Schicksal sind. Es ist mehr als Unterhaltung in diesen mit graziosem Wurf hingezzeichneten Bildern, die an den Schnitzwerken „Anatole“ erinnern, ohne daß sie seine Schmerzlichkeit aufweisen, die für manche etwas peinvoll wirkte hat. Man bedauert, wenn die anspruchsvollen plausiblen Lustspielen beendet sind. Die Sprechbühne erweist an ihnen ihr ewiges Leben. Molnar gestaltet keine großen dramatischen Konflikte, keine grandiosen Probleme, und er wühlt auch unter Inneren nicht auf. Und doch zieht er uns in den Bann der Musik, er reizt uns mit, wir leben mit, er schafft also das, was die Bühne soll.

Der Regisseur Eugen Robert hatte eine sehr prominenter Darsteller herangezogen, die den Besuch des Abends vollendeten. Liselotte Denner, Grete Rosheim und Wilhelm Diegelmann traten trotz ihrer prächtigen Leistungen hinter Alfred Abel, Hans Wahmann und vor allem hinter Maria Orffa zurück. Die Orffa war ein jartes Vögeln von bezwingender Ammut. Ernst Degner.

Ausstellung der deutschen Kunstgemeinschaft.

Der Gedanke der künstlerischen Konsumgenossenschaft gewinnt immer mehr Boden. So hat sich aus den Bedürfnissen der Kaufleute heraus, die mit Ausgestaltung des Zwischenhandels Originalkunstwerke zu erwerben trachten, und denen zu diesem Zweck Abholzungen gewährt werden, die „Deutsche Kunstgemeinschaft“ als eine Art Parallelorganisation zur Volksbühne gebildet.

Aber nicht allein dem kunstliebenden Publikum soll die „Kunstgemeinschaft“ zugute kommen, sondern vor allem auch den Künstlern, die unter der wirtschaftlichen Not der Geistesarbeiter besonders schwer zu leiden haben, und nicht zuletzt deswegen, weil das Handelskapital sich rücksichtslos zwischen sie und ihre Abnehmer stellt und weil der Verkaufspreis bis zu einem Drittel, so in einzelnen Fällen noch darüber hinaus, in die Tasche des Kunsthändlers fließt, der die

Verkäufe vermittelt. Deswegen haben die Künstler ein ebenso großes Interesse an der unmittelbaren Verbindung zwischen Produzent und Konsument wie dieser.

Aus diesen Erwägungen heraus ist man ans Werk geschritten und hat vor allem für Räume gesorgt, in denen eine ständige Verkaufsausstellung nomadischer Berliner Künstler untergebracht werden konnte. Ein Arbeitsauschuß, an seiner Spitze der Staatssekretär Genosse Heinrich Schulz, hat in einem Flügel des Schlosses dieser Ausstellung ein prächtiges Heim geschaffen. Vom zweiten Hof aus betritt man eine Flucht von sauber zurechtgemachten Räumen, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von dem sächsischen Bauratgeber Kaspar Zehh eingewölbt worden waren. Man hat hier wieder ein neues Beispiel dafür, was sich alles aus dem riesigen, in Zeiten der Monarchie so wenig genutzten Schicksalshaus herausholen läßt und was die vielgelästerte Republik an fruchtbarer Kulturarbeit zu leisten vermag.

Die Eröffnungsfester, die am Sonntagmittag Genosse Schulz leitete, war so stark besucht, daß die zahlreichen Räume die Gäste kaum zu fassen vermochten. Auch die bürgerlichen Redner — Reichsminister Kälig hatte, weil er persönlich am Erscheinen verhindert war, ein Begrüßungsschreiben geschickt —, Prälat Dr. Schreiber und Staatsminister A. Dr. Schmidt-Ditt, unterstrichen die Tatsache, daß die Kunst viel mehr als bisher Gemeinheitsache werden mußte. Wenn das alte Mäzenatentum, die Begünstigung und Förderung der künstlerischen Tätigkeit aus Privatmitteln und Privatliebhaberei abgewirtschaftet hat, so mögen einzelne Künstler das beklagen — für uns, die wir diesen Zustand nie als einen gefunden angesehen haben, ist mit dem Aussterben dieses Mäzenatentums nur ein Hindernis für die Entwicklung einer wahrhaften Gemeinheitskunst aus dem Wege geräumt. Wir meinen ihm keine Kränze nach. An die Stelle des Einzelgünstners hat die Gemeinschaft zu treten, jene wirklich wertvolle Schicht des Volkes, die nach Kultur hungert — weit mehr als die Weisheitsmittel, die sich mit Unrecht so viel auf ihre Kunstfreundschaft einbilden.

Ueber die ausgestellten Werke: Oelgemälde, Graphik, Aquarelle und Pastellen eine eingehende Kritik zu schreiben, ist hier nicht der Ort. Von heute auf morgen können sich unsere Künstler, die bisher immer nur für den Palast und die Villa gearbeitet haben, nicht auf die Bedürfnisse des kleinen Mannes umstellen. So mußte denn manches in dieser Ausstellung mit aufgenommen werden, was weder im Format noch im Preis ihrem Zweck entspricht. Man wird auch bei monatlichen Ratensahlungen sich nicht entschließen können, einen Betrag von 3600 M. in zwei Jahren zu tilgen, um eine sehr anspruchsvolle Leinwand zu erwerben. Immerhin wird jeder Kunstfreund hier auf seine Kosten kommen. Aus allen Richtungen und Schulen ist wirklich das Beste sorgfältig ausgewählt.

Schon jetzt ist die Angliederung von Wanderausstellungen und Heranziehung der Künstler aus dem ganzen Reich nach diesem Berliner Mutter geplant. Man kann dem Unternehmen nur von Herzen recht viel Erfolg wünschen zum Segen der Künstler wie des Publikums. Hermann Hieber.

Für Hoff Gärner. Manfred Gels stellt am 2. Juni, abends 8 Uhr, im Haupt-Hörsaal, Reibstraße 11, aus seine. Der Reizkonsum dieser Veranstaltung steht dem Günstigen Hoff Gärner der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger zu. Vorverkauf bei Lwardy, Goldammer Str. 12, und in allen Filialen von K. Berthelm.

Klaß weiß von nichts!

Eine Iendendahme Erklärung.

Justizrat Claß übergibt der Korrespondenz Sochazewski folgende Erklärung:

Am Hinblick auf die durch amtliche preussische Stellen aufbrachten und durch die Vorkpresse ungeheuerlich ausgeschlachten Behauptungen über Putschabsichten oder sonstige verfassungswidrige Pläne rechtsgerichteter Verbände oder Einzelpersonlichkeiten erkläre ich, was folgt:

1. Es ist mir im Deutschen Reich unter den sogenannten Rechtsgerichteten niemand bekannt, der die Rettung des Vaterlandes durch einen Putsch für möglich hielt und demgemäß sich mit Putschplänen oder mit Absichten beschäftigte, wie sie in der veröffentlichten, ansehend aus dem Jahre 1923 stammenden sogenannten „Notverordnung“ enthalten sind. Obwohl es demnach überflüssig wäre, in bezug auf mich selbst zu sagen, daß ich mit Putschplänen nichts zu tun habe, will ich dies hiermit gegenüber den böswilligen Ausstreuerungen politischer Gegner ausdrücklich erklären.

2. Bei den Unterhaltungen, die ich in Ausübung meiner, bisher noch uneingeschränkten staatsbürgerlichen Rechte mit vielen vaterländisch Gesinnten über die verzweifelte Lage des deutschen Volkes zu führen hatte, stand in den letzten Monaten die wirtschaftliche Not im Vordergrund. Wie es in solcher Zeit selbstverständliche vaterländische Pflicht ist, wurde dabei nach Mitteln, Wegen und Männern gesucht, um die Not im letzten Augenblick zu steuern. Es ist mein Recht und meine Pflicht, die ich mit von niemandem verkrümmern lassen, meine Anschauungen über Mittel, Wege und Männer auch anderen gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Bei solchen Unterhaltungen habe ich meine Ansicht dahin ausgesprochen, daß die Rettung nur von einer Regierung kommen könne, in der die besten Männer Deutschlands säßen, die genaueste Kenntnis der Wirtschaft und des Staates mit staatsmännischen Geistes und Sachlichkeit verbanden.

3. In bezug auf die nach der Ausdrucksweise der Vorkpresse nächst mir „meißelbelaßten“ Herren, Geheimrat Dr. Hugenberg und Bürgermeister Dr. Neumann, gilt folgendes: Im Anschluß an Unterhaltungen mit Herrn Hugenberg über die verzweifelte wirtschaftliche Lage des Vaterlandes und die Art und Weise, wie ein völliger Zusammenbruch verhindert werden könne, habe ich an ihn schließlich die Frage gerichtet, ob er sich zur Verfügung stelle, falls der Ruf an ihn ergehe, ein maßgebendes Reichsamt zu übernehmen. Herr Hugenberg hat mir mehrfach ablehnend geantwortet, und seine Ablehnung mit persönlichen und sachlichen Gründen belegt, deren Stichhaltigkeit ich nicht anerkennen konnte. Auch in der letzten, vor meiner Abreise mit ihm geführten Unterhaltung ist Herr Hugenberg meinem Drängen unzugänglich geblieben.

4. Dieses „Nein“ des Herrn Hugenberg hat mich gelegentlich veranlaßt, ihn um sein Urteil über Herrn D. Dr. Neumann zu bitten. Als dieses — wie mein eigenes — sehr anerkennend lautete, habe ich mir vorgenommen, bei sich bietender Gelegenheit Herrn D. Dr. Neumann zu fragen, ob er, wenn der Ruf an ihn im Falle verfassungsmäßiger Um- oder Neubildung der Regierung ergehe, sich zur Verfügung stellen werde. Herr D. Dr. Neumann lehnte dies bei persönlichem Zusammentreffen ab und bestätigte seine Ablehnung noch ausdrücklich mit Schreiben aus Lübeck vom 17. April d. J. Trotzdem habe ich den rechtswidrig im Durchschlag bei mir beschlagnahmten und unter Verletzung des Briefgeheimnisses sowie des Urhebers von der politischen Polizei veröffentlichten Brief vom 23. April nach Karlsruhe geschickt, worauf Herr D. Dr. Neumann von dort mit Brief vom 25. April nochmals ablehnend antwortete. Die in der gefirgten öffentlichen Erklärung des Herrn Neumann gegebene Sachdarstellung entspricht durchaus den tatsächlichen Vorgängen. Der ablehnende Brief des Herrn Neumann vom 25. April wurde von den Polizeibeamten gefunden, aber nicht beschlagnahmt; er ist dann von meinen Angehörigen in meiner Abwesenheit dem Beauftragten des Herrn Neumann übergeben worden. Bemerkenswert scheint mir, daß der Neumannsche Brief vom 23. April an derselben Stelle meines Arbeitszimmers gelegen hat wie mein Durchschlag vom 23.; meine Tochter und mein Sohn, die der Hausdurchsuchung beigezogen haben, erklären mit Bestimmtheit, daß die Polizeibeamten, die gerade diesen Pack von Schriftstücken aller Art mehrfach durchsucht haben. Es bleibt ihre Sache, weshalb sie diesen, Herrn Neumanns Weigerung sofort einwandfrei beweisenden Brief nicht mit sich genommen haben. Was aus dem Neumannschen Brief vom 17. April geworden ist, ob er bei der durch die Hausdurchsuchung angerichteten Unordnung verlegt oder sonst in Verlust geraten oder mißbehalten worden ist, habe ich in der kurzen Zeit meines Hierseins noch nicht feststellen können. Ich wiederhole, daß der Inhalt dieses Briefes genau dem entspricht, was Herr Neumann in seiner öffentlichen Erklärung angegeben hat.

5. Zu den beiden nach Doorn gerichteten Briefen mich zu äußern, scheint mir überflüssig, nachdem das Urteil aller ehrenhaft Denkenden über die — neben ihrer Ungelehrtheit — maßlose Unanständigkeit dieser Veröffentlichung ohne weiteres feststeht. Es entbehrt für mich nicht der Komik, daß Regierungsstellen und Vorkpresse so tun, als hätten sie durch diese Briefe erfahren, daß ich Anhänger der monarchischen Staatsform und des Hauses Hohenzollern bin. Einen Brief an Major v. Hindenburg habe ich nicht geschrieben. Wenn die politische Polizei, aus der Tatsache, daß Abschrift oder Durchschlag eines solchen Briefes bei mir gefunden wurde, schnellfertig schließt und beteuert, daß ich den Brief an Herrn v. Hindenburg gerichtet habe, so kennzeichnet sie damit ihre Arbeitsweise hinreichend.

6. Ich muß mir vorbehalten, weitere Erklärungen abzugeben, sobald ich weiß, was außer den veröffentlichten Schriftstücken sonst noch beschlagnahmt worden ist. In dieser Beziehung sei hervorgehoben, daß die Beamten der politischen Polizei trotz ausdrücklicher Aufforderung meiner Tochter es abgelehnt haben, ein Verzeichnis der beschlagnahmten Schriftstücke zu hinterlassen — und zwar mit der Begründung, daß dies zu umständlich sei, und zu viel Zeit erfordere.

7. Wie in diesem Zusammenhang gegen mich gerichteten Maßnahmen der politischen Polizei entbehren der geschlichen, aber auch jeder tatsächlichen Grundlage und verleben unsprünglichste, verfassungsmäßigste Rechte. Ich habe daher meinen Anwalt, Herrn Justizrat Dr. W. Schönbach, beauftragt, gegen die für diese Maßnahmen Verantwortlichen mit allen Rechtsbehelfen vorzugehen und insbesondere wegen Hausfriedensbruch, Verletzung des Briefgeheimnisses und Urheberschaft Strafantrag zu stellen.

Der langen Rede kurzer Sinn: Herr Claß bestreitet, daß er Putsch wollte. Was beweist dies? An seiner Stelle würde das auch jeder andere tun. Bemerkenswert ist nur die Dreistigkeit der Ausreden. Was die Leute glauben, sich alles herausnehmen zu dürfen! Es ist eben ein Unterschied zwischen einem Putsch von Geheimräten und einem Putsch von Proletariern!

Fort und des Sichtvermerken! Die zweite Tagkonferenz des Vaterlandes hat dem Antrag des Sachverständigen auf völlige Aufhebung der Ausgangsvisa zugestimmt.

Wasserfahrt.

„Ein Vergnügen eigener Art, ist doch eine Dampferfahrt!“ Jangen früher die Berliner, gingen hin, mieteten einen Dampfer und fuhren „ins Triene“. Sie machen heute noch so und sie tun gut daran. Die wasserreiche Umgebung Berlins ist wie geschaffen für Wasserfahrten; mit dem beginnenden Sommer beöftern sich Flüsse, Kanäle und Seen mit Fahrzeugen aller Art: Es studert und staunt nicht! — Zu den schönsten Dampferfahrten gehört eine Reise „Rund um Patsdam“. Gleich am Bahnhof in Potsdam liegen die schönen, großen Schiffe, die neben persönlicher Sicherheit auch Verpflegung an Bord bieten. Selbstverständlich kann jeder auch seine mitgenommenen Stullen verzehren. Bald nach der Abfahrt schon weilt sich die Havel zum Templiner See. Am ehemaligen Lustschloß kommt Caputh in Sicht — der riesige, bei schwerem Wetter künstliche Schmielawiese liegt breitausladend vor uns. Zwischen schmalen Durchlässen windet sich der Dampfer hindurch, vor uns liegt auf seiner Insel Werder, kühl, fast einsam. Nur die lokalgekrönten Höhen bei der Stadt erinnern an Baumbäume, Obstweiden und ...! Die Gegend ist flach, das Havelländische Land, noch vor 200 Jahren eine Land-Wasser-Sumpf-Wüste, breitet sich fast unabsehbar vor uns. Die Dorfnamen verraten heute noch den slavischen Ursprung, die ehemals hier wohnenden Hevellen, deren Reste im Spreewald zu finden sind, geben die Ortsnamen Caputh, Phöben,

Große öffentliche Kundgebung gegen den Faschismus

heute Montag, 17. Mai, abends 7 Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide 108-114

Redner: Dr. Wilhelm Ellenbogen-Wien, Dr. Albin Saenger-München, M. v. R.

Geltow, Ferch, Rehin, Am Göttinger, dicht bei Poreh macht unser Schiff eine scharfe Rechtsdrehung. Um eine Meile herum findet es den Weg in den Saerow-Pareper Kanal. Selbst diese künstliche Wasserstraße bietet noch soviel landschaftlich Schönes, daß das Auge niemals müde wird zu schauen. Durch Schlänitz, Fahländer und Jungfersee geht der Wasserweg zurück zum Ausgangspunkt, wo uns wieder das Leben und Treiben großstädtischer Vergnügungslustiger empfängt. Wir aber haben einen schönen, stillen Teil unserer märkischen Heimat kennengelernt.

Wer im Osten wohnt, wird die Oberspreewälder, die von fast allen Spreewäldern, jetzt auch von der Schillingbrücke am Schleifischen Bahnhof, fahren die „Wintermärchen“ und die offenen Dampfer ab. Hier geht nicht so schnell in die freie Natur, wie an der Havel. Das Groß-Berliner Industriegebiet muß erst passiert werden. Aber dann ist der Müggelsee bald erreicht. Mit Wasserdampf werden die vierzehn Kilometer durchbraut, bis bei Rohndorf die winzige Spree unseren Dampfer zur geringsten Geschwindigkeit zwingt. An den Ufern dieses Kanälchens, mehr ist die Spree hier nicht, haben sich die Berliner wahre Idylle angelegt. Eine Laube auf einem Wassergrundstück, einige Baeis Gemüse, eine Pflanze auf der feinen Spreewald — selbstverständlich — irgendein Wasserfahrzeug am Ufer, so werden Alltag und Großstadt vergessen. Am Damerigsee bei Gärner legen wir an; ein leichtes Winken zu den Dauergästen des Dampfers und wir ergötzen uns an der Grenze Groß-Berlins im märkischen Dauerwald. — Die bevorstehenden großen Ferien werden sicher manchen mit einer billigen Dampferfahrt Erfolg suchen lassen für unerschwingliche Seereisen.

Im Zeichen der Arbeitslosigkeit.

Die Metallwarenfabrik Biedermann u. Garnitow, Kreuzbergstraße 7, hatte durch ein Zeitungsinserat für Montag früh 10 Uhr 8 Monteure, 8 Helfer und 10 Arbeitsburschen gesucht. Bereits 17 Uhr morgens fanden sich die ersten Arbeitsuchenden ein. Bis zur Vorstellungsstunde war die Zahl der Bewerber auf über 500 gestiegen und drängte sich die Masse in dichten Reihen, die ganze Stroßenbreite füllend, gegen die Einfahrt. Die Firma fertigte die Arbeitsuchenden in Gruppen von 20 Mann ab. Zufällig fuhr ein Wagen aus dem Hause heraus. Die „Breche“ wurde von der Menge dazu benutzt, in die Fabrik einzudringen. Dabei wurde eine Scheibe der Eingangstür zertrümmert. In dem großen Durchgang gab es zerrissene Kleider und mancher Arbeitsuchende kam mit halben, zerfleißten Rockärmeln heraus. Das von der Firma herbeigerufene Ueberfallkommando „Jäuber!“ in etwas sehr energischer Weise den Platz und Hof. Der ganze Vorfall, der wieder recht greifbar unser Wirtschaftelend zeigt, hätte vermieden werden können, wenn die Firma sich an den zuständigen Fachverband und Arbeitsnachweis gewendet hätte. Aber man geht wohl nicht sehr in der Annahme, daß die Firma aus der großen industriellen Reservearmee sich die ihr am geeignetsten erscheinenden — und billigsten Arbeitskräfte herausuchen wollte. Es ist nur zu verständlich, daß solche Vorfälle die größte Verbitterung in die Reihen der Arbeitslosen tragen müssen.

Großfeuer in Baumshulentweg.

Auf dem Gelände der Spaeth'schen Baumshulen in Baumshulentweg, Spaethstr. 1, kam heute vormittag kurz nach 11 Uhr ein Großfeuer aus, das einen großen Schuppen in den Ausmaßen von 50 mal 80 Metern in Asche legte. Trotzdem das Feuer rechtzeitig bemerkt wurde und auch die Wehren bald an der Brandstelle erschienen, gelang es nicht, das Feuer niederzulämpfen. Der Schuppen war mit Baumaterialien, größeren Mengen Stroh und Torf und vielen wertvollen Pflanzen angefüllt. Alles fiel den Flammen zum Opfer. Durch die große Hitzeentwicklung wurden viele in der Nähe stehende Bäume vernichtet. An der Brandstelle weissen acht Löschzüge, die unter Leitung des Bourats Mäder mit 3 B- und 4 C-Rohren gegen den Brandherd vorgingen. Um 1 Uhr nachmittags trafen zwei Ablösungszüge ein. Bei Abdankung dauerte das Feuer noch mit unveränderter Kraft an. Die Entstehungsurache konnte bisher nicht festgestellt werden, ist aber vermutlich auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen.

Großer Dachstuhlbrand in Berlin W. Im Dachstuhl des Querhauses Königin-Augusta-Str. 43 brach heute morgen gegen 4 1/2 Uhr Feuer aus. Trotz der frühen Morgenstunde wurde das Feuer rechtzeitig bemerkt und die Feuerwehre gerufen, die mit drei Löschzügen unter Leitung des Branddirektors Runge an der Brandstelle erschienen. Ueber die Treppenhäuser und von den benachbarten Dächern wurde aus insgesamt drei Rohren etwa zwei Stunden lang Wasser gegeben. Den Bemühungen der Wehren gelang es, ein Ueberwälzen des Feuers auf die benachbarten Häuser zu verhindern. Gegen 7 1/2 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt, so daß mit den Aufräumarbeiten begonnen werden konnte, die sich bis 9 Uhr vormittags hinzogen. Die Entstehungsurache konnte bisher nicht ermittelt werden.

Eine internationale Kundgebung veranstaltet die Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin am Donnerstag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, im Saalbau Friedrichshain. Die Kundgebung ist zugleich Auftakt für den Internationalen Jugendtag zu Pfingsten in Amsterdam. Die Jugend verabschiedet sich bei dieser Gelegenheit zugleich von den Berliner Amsterdamfahrern, die — fast hundert — am Donnerstag abend Berlin verlassen. In der Kundgebung sprechen der Genosse Plesch-Oesterreich über „Jugend und Wirtschaft“, Ernst Paul-Tschakowskoi über „Jugend und Krieg“, Käthe Fröhbrodt-Berlin über „Jugend und Kultur“ und ein polnischer Genosse über „Jugend und Politik“. Die erwachsene Arbeiterschaft ist zu dieser Kundgebung herzlich eingeladen. — Unkostenbeitrag 20 Pf.

Die Stadtkonferenzversammlung hat in dieser Woche ihre Sitzung am Dienstag um 6 Uhr. Am Donnerstag findet keine Sitzung statt.

Nach der Landung der „Norge“.

Nach einer Meldung aus Rom mußte das Motorboot, in dem die Mannschaft der „Norge“ von Teller nach Rom gekommen ist, vierzehn Meilen über das Eis der Vortice-See bei Teller geschleppt werden, ehe offenes Wasser erreicht wurde und die Fahrt nach Rom beginnen konnte. An der Mündung des Schlängenflusses, sieben Meilen westlich Rom, hatte sich eine Gruppe von Eskimos und Weihen perlemail, um die Befragung der „Norge“ zu begrüßen. Verschiedene Einwohner von Rom brachten ein Gefühl der Mißstimmung gegen Amundsen zum Ausdruck, weil er, nachdem der norwegische Konsul in Rom von ihm veranlaßt worden war, für Hilfeleistung bei der Landung des Luftschiffes 100 Mann zusammenzubringen, doch die „Norge“ nicht nach Rom gebracht hat. Der zweite Steuermann der „Norge“, Leutnant Kiefer Barzen erklärte, man habe am Nordpol dünnes Eis und offenes Wasser gefunden. Doch habe man kein Land entdecken können. Die „Norge“ hat am Nordpol beträchtliche Zeit verbracht, um wissenschaftliche Beobachtungen machen zu können. Das Luftschiff senkte sich dabei bis auf 600 Fuß über die Eisfläche und flog dann wieder bis zur Höhe von 4000 Fuß. Ueber Point Barrow bildete sich Eis auf den laufenden Propellern des Luftschiffes. Dieser Eisbelag brach dann ab und durchschnitt eine große Gaszelle, so daß durch den Verlust von Wasserstoff das Luftschiff äußerst schwer wurde. Auf dem Weg von Barrow nach Teller wurde die Fahrt jedoch durch günstigen Wind unterstützt. Am ganzen Tag die Mannschaft der „Norge“ 72 Stunden in der Luft verbracht, sie kam in Teller sehr ermüdet, aber in bestem Gesundheitszustand an.

Vor der Landung wurde ein Anker ausgeworfen und der zweite Mechaniker, Sergeant Arduino, begab sich auf den Boden hinunter, um das Landungsbandwerk zu testen, das bei ziemlich heftigen Wind vonstatten ging. Die Landung, die auf der zugefrorenen Bucht von Granten Harbour in Teller stattfand, vollzog sich ohne alle Zwischenfälle. Nachdem einige Kinaunahmen gemacht worden waren, wurde das Luftschiff in dreißig Minuten entleert und unter Leitung von Oberst Kobile abmontiert. Leutnant Ombahl, der die Absicht hat, noch einmal mit dem Motorboot nach Teller zurückzufahren, erklärte, daß die Maschinen des Luftschiffes in guter Verfassung gewesen sind und ihre Aufgabe glänzend erfüllt haben. Amundsen stellte fest, daß er jederzeit genau gewußt habe, wo sich die „Norge“ befand.

Norwegen und die Ankunft der „Norge“.

Oslo, 17. Mai. (N.Z.) Die Nachricht von der Ankunft der „Norge“ hat im ganzen Lande große Begeisterung hervorgerufen. Die Zeitungen erscheinen mit Extrablättern auf der Straße. Das Storting, die Regierung und viele Vereine haben der Expedition herzlich Telegramme geschickt. Die Gesandten in Washington und Rom wurden angewiesen, die betreffenden Regierungen zu beglückwünschen.

Schwedes Unwetter in Frankreich. Das seit einigen Tagen in ganz Frankreich herrschende Unwetter hat in Paris und in der Provinz zum Teil beträchtlichen Schaden angerichtet. Auf dem Flugplatz der Militärakademie von St. Cyr wurde eine Luftschiffhalle vom Sturm forgerissen und vollkommen zerstört.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis Charlottenburg. Heute abend, ca. 7 1/2 Uhr, wichtige Fraktionsung mit den Abgeordneten im Sitzungssaal 1, des Charlottenburger Rathauses.

11. Kreis Schöneberg-Neichenau. Die öffentliche Versammlung findet am Donnerstag, den 18. Mai, in der Ullrichshausstr. 10, Sonntag in der Ullrichshausstr. 10, abgehalten.

17. Kreis Wilmersdorf. Heute, Montag, den 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Sitzung der Ullrichshausstr. 10, Sonntag in der Ullrichshausstr. 10, abgehalten.

47. Wkt. Heute, Montag, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung sämtlicher Ortsvereine und Alters- (Schul-)vereine im Saalbau Friedrichshain, den 20. d. M., abends 8 Uhr, im Saalbau Friedrichshain.

Sport.

Das Memento in Treptow.

Sawall Sieger — Wittig gekürzt.

Das klassische Rennen „Memento“, das gestern in Treptow ausgetragen wurde, besetzte der Bahn gut besuchte Tribünen. Wittig, Sawall, Müller und Lewanow hatten sich zum Kampf am Start verammelt. Das Rennen sah zwei Räufe zu je 50 Kilometer an.

Im ersten Lauf war die Startfolge Wittig vor Lewanow, Sawall und Müller. Nach 15 Runden verlor der an letzter Stelle liegende Müller gegen Sawall loszugehen, der aber seinen dritten Platz zu halten weilt. In der 26. Runde muß Lewanow seinen zweiten Platz an Sawall abtreten. Im nächsten Augenblick führt Reinhold, der Lewanow führt, auf den Rasen, kommt aber in der Auslaufkurve wieder auf die Bahn. Müller kann daher gut vorstößen und Lewanow ungehindert passieren. Die 73. Runde wirft Sawall zurück. Ansehend hat sein Schrittmacher Krüger zu sehr aufgedreht, so daß Sawall nicht gleich so scharf folgen konnte.

Die Folge ist, daß Müller den zweiten Platz hinter Wittig besetzen kann. In der 115. Runde verlor Müller den Motor wechseln, fällt zurück auf den dritten Platz. Sieger des ersten Laufs ist Wittig vor Sawall (300), Müller (730) und Lewanow (3630 Meter zurück).

Der zweite Lauf lief infolge eines Sturzes Wittigs jedes Interesses vermissen. Die Startfolge war hier Müller vor Sawall, Lewanow und Wittig. Sawall konnte bald an Lewanow vorbeiziehen. Müller, der ein scharfes Tempo fuhr, wollte Wittig passieren, der aber den Angriff auf abwehrte, bis in der 60. Runde Reffen Schaden eintrat, der zwei Runden Verlust brachte. In der 80. Runde lagen Müller und Wittig in der Ziellinie nebeneinander. Wittig streifte die Barriere und rutschte gleich darauf ab und blieb mit einem Schlüsselbeinbruch auf der Rasenfläche am Innenraum liegen. Sawall besetzte sicher die Spitze und ging im Gesamtklassement als Sieger hervor. Gutbesetzte Amateurrennen umrahmten das Programm.

Resultate: Memento: 100 Km. 1. Sawall, 50 Km.: 1. Wittig 45 Min. 10 1/2 Sek., 2. Sawall 50, 3. Müller 50, 4. Lewanow 50, 50 Meter zurück. 2. Lauf, 50 Km.: 1. Sawall 47 Min. 28 Sek., 2. Lewanow 178, 3. Müller 178, 4. Wittig gekürzt. — Gesamtergebnis: 1. Sawall 94,700, 2. Müller 97,270, 3. Lewanow 94,610 Km. gefahren. 4. Wittig — Maljaden: 1. Graue (S. R. C. 89), 2. Max Rumpel, 3. D. Blum (S. R. C. 89), 4. Heine (Concordia). — 18. Runden-Punktelahren: 2. Grollsch, 1. Endlauf — Endlauf: 1. D. Blum (S. R. C. 89) 6 Min. 16 1/2 Sek., 2. D. Blum (Tempo) 23, 3. Müller (Concordia) 11, 4. Heine (Concordia) 10 Punkte. — Landem-Rennen, 1000 Meter: 1. D. Blum (Concordia), 2. Grollsch (Vespiger Herren), 3. Grollsch (Concordia), 4. Lona (Hermes) — Künigshaus (Spelo).

Gewerkschaftsbewegung

Der Reallohn 1925.

Nach Untersuchungen der Bremer Arbeiterkammer.

Die Arbeiterkammer Bremen untersucht in ihrem Jahresbericht für das Jahr 1925 den Reallohn der bremischen Arbeiter im Verhältnis zum Jahr 1914. Sie kommt dabei zu Feststellungen, die die oft vorgetragene, aber niemals bewiesene Sogndisproportion, die Reallohne lägen ungefähr 18 bis 25 Proz. über Friedensstand, widerlegen.

Von der Lohnstatistik der Kammer wurden rund 24 000 Arbeitnehmer erfaßt. Den Berechnungen der Tabellen und Lohnkurven ist der Wochenverdienst einschließlich der tatsächlich verdienten bzw. bezahlten Akkord- und Prämienzuschläge in der tariflich festgelegten Arbeitszeit zugrunde gelegt. Der Reallohnberechnung dient der durch das statistische Landesamt Bremen errechnete Index für die Kosten der Lebenshaltung einschließlich Wohnung, Bekleidung und sonstiger Bedürfnisse. Danach ergibt sich folgendes Bild:

1914	Reallohn für	
	Facharbeiter	ungelernte Arbeiter
1925 Januar	72,2	79,0
Februar	75,8	81,8
März	48,4	86,6
April	87,3	89,1
Mai	86,3	89,1
Juni	85,2	87,5
Juli	84,9	86,6
August	87,7	88,6
September	87,8	90,7
Oktober	91,6	93,5
November	92,3	94,8
Dezember	88,5	92,2

Die Zahlenreihen sind äußerst interessant. Sie zeigen erstens den gedrückten Reallohn im Frühjahr 1925 und dann die Anpassung des absoluten Lohnes an die Preise auf Grund der günstig verlaufenen Lohnbewegungen der Gewerkschaften. Diese Entminderung wird durch Auswirkung der Inflationskurve im Hochsommer 1925 unterbrochen. Die preissteigernde Inflation hat entschieden einen Druck auf die Reallohne zur Folge. Erst im Herbst 1925 tritt, wenigstens nach der Feststellung der Arbeiterkammer Bremen, eine Erholung des Reallohnes ein. Diese Erholung ist weniger auf die Lohnhöhe als auf den Teuerungsindezes zurückzuführen, der ja um jene Zeit eine rückläufige Bewegung zeigte. Schließlich kommt hier die Auswirkung der schweren Wirtschaftskrise zum Ausdruck.

Selbstverständlich sind die Zahlen der Arbeiterkammer Bremen nur theoretisch zu bewerten, denn für den Absatz ist ja nicht der Lohn des einzelnen oder das Tariflohnschema entscheidend, sondern die Tatsache, wieviel Arbeitnehmer diese Löhne voll beziehen. Die Berechnungen der Arbeiterkammer Bremen haben aber leider die Verdienstminderung durch Kurzarbeit u. dgl. sowie die Verdiensterhöhung durch Überstunden nicht berücksichtigt. Für die fragliche Zeit kommen aber nur durchweg Verdienstminderungen in Frage, so daß der steigende Reallohn, wie er sich aus der Berechnung der Arbeiterkammer Bremen ergibt, imaginär ist und vor allem keinen Schluß auf die Kaufkraft der Bevölkerung gestattet. Wir haben den Wunsch, daß die Arbeiterkammer Bremen ihre vorzüglichen Untersuchungen nach der Seite der Veränderung des Reallohnes durch die Arbeitsmarktlage, die wir mal kurz, nach berühmtem Muster, als „Saisonchwankungen“ bezeichnen wollen, fortsetzt.

Verbandstag der Zimmerer.

Am Sonntag hat im Dresdener Volkshaus der 24. Verbandstag des Zentralverbandes der Zimmerer, an dem 160 Delegierte teilnahmen, begonnen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Fragen des Bauarbeiterlohnes und die Verhandlungen über den Reichstarif für das Baugewerbe.

In den letzten zwei Jahren stand der Verband oft in harten Kämpfen. Nur durch die Opferwilligkeit der Mitglieder konnte der von den Unternehmern geplante Raub des Achtstundentages und die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vereitelt werden. Rund 71 000 Mitglieder waren an diesen Kämpfen beteiligt und für weit über 1 1/2 Millionen Streik- und Aussperrungstage mußte Unterstützung gezahlt werden. Der in der Streik- und Lohnbewegung pro Mitglied ausgegebene Betrag stellte sich 1924 auf 8,12 M., 1925 aber auf 32,72 M. Im ganzen wurden hierfür 3 Millionen Mark und bis zum März d. J. 1,9 Millionen für Erwerbslosenunterstützung ausgegeben. Der Kampf war jedoch nicht vergebens. 17 Proz. der Mitglieder arbeiten wöchentlich weniger als 48 Stunden, 75 Proz. arbeiten 48 Stunden und nur 8 Proz. über 48 Stunden. Der Durchschnittslohn betrug im Januar 1924 insgesamt 53 Pf. und stieg auf etwas über 1,02 M.

Der Mitgliedererwerb betrug im letzten Jahre rund 7,33 Proz. Rund 50 Proz. aller im Zimmerergewerbe vorhandenen Lehrlinge sind im Zentralverband organisiert und für 65 Proz. aller organisierten Lehrlinge sind die Löhne tariflich geregelt. In 20 Städten unterhält der Verband Modellerschulen zur fachlichen Ausbildung der Lehrlinge. Alles in allem ein Stück gewerkschaftlicher Arbeit, das sich sehen lassen kann.

Die deutschen Zeichenbesitzer machen mobil. Gegen das Knappschaftsgesetz.

Die Zeichenbesitzer haben als Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie eine Kundgebung gegen das ReichsKnappschaftsgesetz losgelassen. Die Durchführung dieses Gesetzes habe sich als unmöglich erwiesen, weil die Belastung der Unternehmer zu hoch und die Verteilung der Leistungen ungerecht sei. Diese Mängel habe die Reichsregierung durch eine Novelle zu beheben versucht, wozu jedoch die Beschlüsse des Reichstagsausschusses nicht geeignet seien.

Nach der Neuregelung entliehe dem Bergbau eine Mehrbelastung von rund 40 Millionen Mark, so daß die gesamte Sozialbelastung des Bergbaues sich auf jährlich 430 Millionen Mark belaufe. In diese „vorläufige“ Berechnung ist die Unfallversicherung und die Erwerbslosenfürsorge mit einbezogen.

Die Bergarbeiter — die in diesem Falle mit zum Bergbau gezählt werden — müssen zwar auch zu den sozialen Lasten beitragen, doch was sie zahlen, geht nach Auffassung der Repräsentanten der Bodenschätze, doch nur aus den Taschen der Unternehmer. Jeder Bergmann würde mit jährlich 320 Mark im Jahre belastet, was pro Schicht 1,15 Mark ausmache. Die Bergleute aber flagten jetzt schon über unzureichenden Lohn, der ihnen aber durch Erhöhung der Beiträge zur Knappschaft weiter empfindlich gelürzt werde. Davor möchten die besorgten Unternehmer die armen Bergleute bewahren, um so mehr, als eine Lohnerhöhung unmöglich sei, da sie einen Ausgleich in einer Kohlenpreiserhöhung finden müßte, die ebenso unmöglich sei, da sie den Wirtschaftskörper erschütterte. Doch der Profit etwas gemindert werden könnte, ist natürlich undenkbar für die Unternehmer.

Die Schlussfolgerung: Wird trotzdem die Erhöhung der Kohlenpreise für unvermeidlich erachtet, dann habe die Gesamtheit die Lasten zu tragen, also habe die Gesamtheit auch zu den jetzt

vorgesehenen Lasten durch das Knappschaftsgesetz Stellung zu nehmen. So demokratisch können Unternehmer werden in ihrer Agitation, wenn es um die Verteidigung des Profits geht.

„Man will ein soziales Gesetz schaffen“, klagen sie, „die vorliegenden Ausschlußbeschlüsse müssen sich unsozial auswirken, da Arbeitgeber und Arbeitnehmer notwendige Mittel entzogen werden. Anstatt dem Arbeitsfrieden zu dienen, wird das Gesetz den Arbeitskampf bringen.“

Zum Schluß erzählt die „Fachgruppe Bergbau“, sie sei bestrebt, jederzeit eine gesunde Sozialpolitik zu fördern, nach allem eine solche, die nichts kostet und nichts hilft — welche Salbe ist. Aber die Beschlüsse zum Knappschaftsgesetz seien eine Gefahr für „die Wirtschaft“ und die gesamte Sozialpolitik.

Auch die Bergarbeiter sind Gegner der Beschlüsse, die der Reichstagsausschuß zur Veränderung des Knappschaftsgesetzes gefaßt hat und fordern die Verbesserung der Novelle. Den Unternehmern aber kann die Verschlechterung nicht weit genug gehen.

Kündigung des Tarifs in der Berliner Metallindustrie Für die Hilfs- und Transportarbeiter.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat zum 31. Mai dieses Jahres den Lohnarif für die Transport- und Hilfsarbeiter gekündigt. Bekanntlich war dieser Tarif schon vor einigen Monaten gekündigt worden, um eine Senkung der Löhne durchzuführen. Der von den Arbeiterorganisationen angefangene Schlichtungsausschuß verlängerte jedoch das Lohnabkommen bis zum 31. Mai mit der Maßgabe, daß es mit 14tägiger Frist zu diesem Termin neu gekündigt werden könne. Zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter werden Verhandlungen über den Abschluß eines neuen bzw. Verlängerung des alten Lohnabkommens eingeleitet werden. Wie man sieht, sind dem BMD die Geldlöhne der Hilfsarbeiter noch nicht elend genug.

Nach dem englischen Generalstreik.

London, 17. Mai. (B.T.B.) Der Arbeiterführer Cramp berechnet die Kosten des Streiks für die Rationale Eisenbahner-Union auf 1 Million Pfund und für die Eisenbahngesellschaften auf 5 1/2 Millionen Pfund Sterling.

Das Mitglied der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei, Lansbury, sagte gestern in einer Rede, es sei falsch, zu glauben, daß der Generalstreik nichts für die Bergleute gewonnen habe. Die Denkschrift Samuels und der letzte Vorschlag der Regierung seien viel wertvoller als irgendeiner der früher gemachten Vorschläge.

Wie gemeldet wird, geht die Wiederaufnahme der Arbeit bei den Eisenbahnern befriedigend vorstatten, und man glaubt, daß die Arbeit in den Docks im ganzen Lande bald wieder in Gang kommen wird. Der Streik in den Londoner Docks wurde gestern abend geregelt.

Die Vereinigung der Londoner Zeitungsbesitzer hat mit der Gewerkschaft der Drucker über die Wiederaufnahme der Arbeit eine Verständigung erzielt. Danach erscheinen die nächsten Abendblätter am Montag nachmittag und die Morgenblätter am Dienstag morgen.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Ernst Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: Reichel, Gahrman; Religion: A. S. Döcker; Politik und Sonstiges: Felix Kersch; Anzeigen: H. Glöck; Familien in Berlin. Verlag: Norddeutsche-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutsche-Verlag und Verlagsanstalt Carl Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Maizena Flammeris, für Puddings das Kraftmehl und Gebäck

Deutsches Theater
Norden 10334-38
8 Uhr:
Viktorja

Theater a. Kottb. Tor
Tägl. 8 Uhr:
Elite-Sänger
Baumbote in Werder

Städtische Oper
Charlottenburg
8 Uhr:
Toska

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr und Sonntags nachmittags 3 Uhr
Stettiner Sänger
Neu! „Ein Haus bei Meyer“
Hartwig Dericks von Meyel.
Faden, hohe Preise, viele Program.
Dönhoff-Brettel (Saal u. Gart.)
Variété! — Konzert! — Tanz!

Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
Zum 1. Male:
7 1/2 Uhr:
Theater! ...

Neues Th. am Zoo
Tägl. 8 Uhr:
Der alte Dessauer
Operette in 3 Akten
Charl. Vespermann
Falk, Kiper, Godau,
Straaten, Hainisch
Preise 0,30 bis 6 M.

Pumpen
Erstklassig,
Preisliste gratis
Roblank & Co.
Pumpenfabrik,
Berlin N 65,
Reinholdstraße
Straße 55.

Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
Telefonzentrale

Hals- u. Lungenleiden
aller Art
wie Kehlkopf, Tuberkulösen Erkrankungen, Asthma usw. erzeilen, wie zahlreiche Mitteilungen von Ärzten, Apothekern und Leidenen einmündig beweisen.

Rotolin-Pillen
in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.

„Husten, Verschleimung, Auswurf,“
Rachtschweiß, Stiche im Rücken und Brustschmerz bieten auf allgemeines Wohlbefinden keine Aussicht. So und ähnlich schallt es aus den Berichten. Der Chefarzt eines Preuss. Kreiskrankenhauses und einer lokal Lungenheilstätte berichtet in Nr. 21 der „Allgem. med. Zentralzeitung“ über Erfahrungen mit Rotolin-Pillen, erwähnt u. a. auch einen besonders schweren Fall von Tuberkulose, bei dem alle sonst bekannten Mittel versagt hatten, und schreibt darüber u. a.: „Da greife ich in meiner Verzweiflung zu den Rotolin-Pillen, und zu meiner eigenen Ueberraschung tritt im Verlauf einer Woche ein Umschwung zum Besseren ein.“ usw.

Hauptvertriebs- und Versand nur durch die **Johanniter-Apoth.**, Berlin SW 61, Planufer 11, nahe Hallesches Tor, gegenüber der Kreuzkirche, per Nachnahme 1 Schachtel 2,50 M., 3 Schachteln 7,50 M. Außerdem erhältlich durch alle Apotheken, bestimmt durch die Apothete z. **Herren-Apoth.**, Röhrenstraße 2, **Bismarck-Apoth.**, Brunnengasse 47, **Warten-Apoth.**, Wilmersdorf, **Wilmersdorf 110, Rincro-Apoth.**, Charlottenburg, **Bismarck-Str. 41, Weiden-Apoth.**, Leipziger Str. 33, und **Wittes Apotheke**, Potsdamer Str. 31a. * Ausfallende Druckstellen kostenfrei durch

Mylius & Co., Berlin SW. 61.

Sinalco
Gebt Euren Kindern



Die echte Bilzbrause
nährhaft, erfrischend, bekömmlich, da aus bestem Zucker und natürlichem Fruchtroma hergestellt.

Bekanntmachung.
Der 24. Nachtrag zu unserer Satzung nach welchem § 19, f. 13 Nachtrag, dahingehend ergänzt worden ist, daß über 6 Jahre alte Verfallerte mindestens der Lohnklasse III — Arbeitsverdienst über M. 1,50—2,50 — ausgeteilt werden, wenn sie als Entgelt nicht weniger als volle freie Station erhalten und nach welchem ferner in § 48 Abs. 1, f. 21. Nachtrag, die Beiträge von 6%, Bundesbeiträge auf 7 Prozent erhöht werden sind, ist seitens des Oberverwaltungsamtes am 14. Mai 1926 genehmigt worden. Dieser Nachtrag tritt mit dem 18. Mai 1926 in Kraft. 151/10
Berlin-Grödenhof, den 15. Mai 1926.
Der Vorstand
der Allgemeinen Ortsrentenkasse für Grödenhof und Angrenz. Bezirke.
Helmert, Albert Richter.

Verkäufe
Werkzeuge (Nicht-Druckmaschinen), Eisen- und Goldschmelzöfen, Zementbohrer, Haus- und Industrie-Heizöfen, Kessel, Friedrich-Strohe 26/27.

Möbel
Valenmaltragen, Kissenmatratzen, Metallbetten, Chaiselongues, Sofas, Stühle, Bettstätten, etc., etc., Spezialgeschäft.

Musikinstrumente
Wiener Orgeln, Klaviermacher
Einf. Grödenhofstr. 55.

Kaufgesuche
Kaufbrüder Kauf Lindenstraße 10

Reisen Sie mit den **BERLIN-DÜSSELDORF** am 21. Mai mit 33 1/2 % **PREISERMÄSSIGUNG** nach Düsseldorf zum Besuche der **DÜSSELDORF 1926, MAI-OKTOBER**

Großen Ausstellung

Gesundheitspflege, Soziale Fürsorge, Leibesübungen verbunden mit der Düsseldorf Kunstaustellung.

Größte deutsche Ausstellung des Jahres 1926



Abteilung: Gesundheitspflege. Der durchschnittliche Mensch • Chemie und Elektrizität im Dienste der Gesundheitspflege • Siedlung u. Wohnung • Kleidung und Körperpflege • Krankenversorgung und Krankenbehandlung • Der Mensch in seinen gesundheitlichen Beziehungen zu Tieren u. Pflanzen • Arbeits- und Gewerbehygiene.

Abteilung: Soziale Fürsorge. Jugend- u. Kinderfürsorge • Versicherungs- u. Krankenkassenwesen • Gewerkschaften • Internationales rotes Kreuz.

Abt.: Sport- u. Leibesübungen. SONDERGRUPPE: Die Entwicklung der Luftfahrt.

400 000 qm Gelände; 120 000 qm Ausstellungsraum am Rheinufer. * Unterkunft durch den amtlichen Wohnungsnachweis am Hauptbahnhof Düsseldorf. * Billige Verpflegung in Volksspeisehäusern auf dem Ausstellungsgelände. * Täglich große Konzerte und sportliche Veranstaltungen auf dem Rhein und im Stadion. * Flugverkehr.

Fahrkarten und Gutscheinhefte in allen Reise- und Verkehrsbureaus. (M. E. R.)